

"Die Wahrheit hat immer zwei Seiten": Frankreichs offenes Ohr für russische Propaganda

Demesmay, Claire

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Demesmay, C. (2015). "Die Wahrheit hat immer zwei Seiten": Frankreichs offenes Ohr für russische Propaganda. (DGAP kompakt, 16). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-54041-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

„Die Wahrheit hat immer zwei Seiten“ Frankreichs offenes Ohr für russische Propaganda

Claire Demesmay

Die traditionell russlandfreundliche Haltung der französischen Elite, das diplomatische Gewicht des Landes (seine Militärstützpunkte und Auslandseinsätze, eine starke außenpolitische Tradition und ein ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat) und sein Einfluss auf die europäische Politik sind Gründe dafür, dass Frankreich in den letzten Jahren zum vorrangigen Ziel Moskaus nicht-militärischer Einflussnahme wurde. Hinzu kommt eine Besonderheit seiner politischen Kultur: Seit Jahrzehnten ist Antiamerikanismus dort stärker ausgeprägt als in vielen anderen EU-Ländern; seit dem Ende des Kalten Krieges begleitet ihn zudem großes Misstrauen gegenüber der Globalisierung. Diese Einstellung hat auch Auswirkungen auf die Wahrnehmung der EU, von der erwartet wird, die Bürger vor der Globalisierung zu *schützen*. Enttäuschung in dieser Frage nährt eine immer lautere Kritik gegenüber Brüssel, die bei der letzten Europawahl zum großen Erfolg des rechtsradikalen Front National führte. Amerikakritiker und Globalisierungsgegner – wie übrigens auch Europaskeptiker – sind überwiegend in den (linken wie rechten) populistischen Parteien des Landes vertreten, aber auch in den etablierten Parteien ist Platz für solche Parolen.

Hinter den wachsenden Spannungen zwischen Russland und dem Westen steckt ein unausgewogenes Kräfteverhältnis. Das Gefühl, von den Amerikanern und den Europäern nicht ernst genommen, sondern im Gegenteil gedemütigt zu werden, hat Moskau in den letzten Jahren in eine aggressive Defensivhaltung geführt. Um sich gegen den empfundenen Druck aus dem Westen zu verteidigen und ihn mit seinen eigenen Mitteln zu erwidern, entschied sich der Kreml für eine aktive Soft-Power-Kampagne, die er seit der Ukrainekrise immer weiter ausbaut und mit neuer Intensität umsetzt. Die Gründung der Informationsagentur Rossija Sewodnja („Russland heute“) Ende 2013 war ein Meilenstein auf dem Weg zu

dieser Neuaufstellung. Die Kommunikationsstrategie, die Moskau dafür entwickelte, dient nicht nur dazu, die russische Bevölkerung von der Aggressivität des Westens zu überzeugen und sie dazu zu bringen, sich hinter Wladimir Putin und seine Politik zu stellen. Über die russischen Grenzen hinaus soll sie auch „die Öffentlichkeit anderer Länder durch gezielte Desinformation bei der Meinungsbildung [...] beeinflussen“.¹ Dieser Informationskrieg betrifft auch und insbesondere Frankreich, das in diesem

Kontext und aus russischer Perspektive eine strategische Rolle spielt.

Alte Propaganda, neue Medien

Zum russischen Informationskrieg gehört eine sehr aktive und gezielte Medienpolitik; insofern sie von der Schlagkraft der neuen Medien profitiert, erweist sie sich als „lügnerischer und subtiler“² als während des Kalten Krieges. In Moskaus Kommunikationsstrategie haben Online-Medien eine zentrale Bedeutung, indem sie in der jeweiligen Landessprache die blitzschnelle Verbreitung russischer Narrative in der breiten Öffentlichkeit ermöglichen.³ In Frankreich geht es dabei hauptsächlich um zwei Informationsportale, die sich zum Ziel setzen, einen vermeintlich alternativen Blick auf die internationale Politik zu ermöglichen und somit die Berichterstattung der westlichen Mainstream-Medien in Frage zu stellen: Einerseits Sputnik (ehemals RIA Nowosti), das im Januar 2015 mit dem Anspruch gegründet wurde, „zu sagen, was die anderen verschweigen“; andererseits RT (ehemals Russia Today), das „eine alternative Sicht auf alle großen Weltereignisse und einem ausländischen Publikum einen Einblick in die russische Position“⁴ bieten will. Ähnlich war übrigens der Slogan des Online-Fernsehsenders ProRussia.tv („Die Wahrheit hat immer zwei Seiten“), der zwischen 2012 und 2014 unter der Leitung des Front National-Politikers Gilles Arnaud aktiv war. Hierbei handelte es sich um einen privaten Sender, der starke finanzielle Unterstützung aus Moskau erfuhr.

Auch Think-Tanks, die eine gewisse Nähe zur russischen Politik pflegen – allerdings ohne nachweisbare Verbindungen zum Kreml –, tragen zu dieser Kommunikationsstrategie bei.⁵ Die Zielsetzung ist ähnlich. Allerdings ist hier weniger die breite Öffentlichkeit die Zielgruppe, sondern Meinungsbildner wie Journalisten und Wissenschaftler, die selbst zur öffentlichen Diskussion beitragen. In Frankreich ist das prominenteste Beispiel dafür das Institut de la démocratie et de la coopération (dt. Institut für Demokratie und Zusammenarbeit), das 2008 gegründet wurde – im Zuge der Georgienkrise, die viele in Russland als „Niederlage der russischen *hard power* gegenüber der einflussreichen *soft power* des Westens“⁶ wahrnahmen. Der Think-Tank mit Sitz in Paris, den private, anonyme Förderer finanzieren, lädt regelmäßig Vertreter der katholischen und radikalen Rechten zu Konferenzen ein. Er befasst sich zwar nicht unmittelbar mit der russischen Politik, behandelt jedoch internationale Themen, die für Russland von besonderem Interesse sind, wie Syrien, Mazedonien oder die Ukraine; und dies aus einer kremlfreundlichen Perspektive: So setzt sich das IDC für ein internationales

System ein, „das die Souveränität der Staaten und der Völker respektiert“, sowie für „eine politische Ordnung, die auf [...] der jüdisch-christlichen Ethik beider Teile Europas beruht“⁷ In seiner Selbstdarstellung positioniert sich das IDC im Umfeld von Kritik an den Staatenbündnissen EU und NATO und der Befürwortung einer traditionellen Werteordnung im Sinne der politischen Eliten Russlands. Der Einfluss russischer Medien und prorussischer Meinungsbilder lässt sich nur schwer messen, einerseits weil dieser Diskurs sehr unterschiedliche Themen deckt (außenpolitische, innenpolitische und gesellschaftliche Fragen); andererseits weil die vertretenen Positionen keine russische Exklusivität sind, sondern auch in anderen ideologischen Kreisen verankert.

Fest steht jedoch, dass es in den letzten Jahren keine deutliche Verbesserung des Russlandbildes in der französischen Gesellschaft gab. Obwohl Moskau viele Mittel in den Informationskrieg investiert, gehört Frankreich zu den Ländern, in denen das Bild Russlands weltweit mit am negativsten ist. Laut einer Umfrage, die das Pew Research Center im Sommer 2015 in 39 Ländern durchführte, sind „antirussische Gefühle“ in der französischen Bevölkerung weit verbreitet.⁸ 70 Prozent der Befragten geben an, eine „negative Einstellung“ zu Russland zu haben – ein Prozentpunkt mehr als in der deutschen und nur zehn Prozentpunkte weniger als in der polnischen Bevölkerung, wo Russlandkritik besonders stark zum Ausdruck kommt. Noch negativer sind die Einstellungen der französischen Befragten zu Wladimir Putin, insofern 85 Prozent ihm nicht vertrauen – eine höhere Zahl als in Deutschland (76 Prozent), die sich auf einem ähnlichen Niveau wie in Polen (86 Prozent) und der Ukraine (84 Prozent) bewegt. Laut einer anderen, im Januar 2014 veröffentlichten Umfrage wird Putin in Frankreich als „kalt“ (85 Prozent), „diktatorisch“ (80 Prozent), „arrogant“ (79 Prozent), „gefährlich“ (77 Prozent) und „unsympathisch und größenwahnsinnig“ (74 Prozent) wahrgenommen; aber auch als „energisch“ (72 Prozent), um die einzig positiv bewertete Eigenschaft der ganzen Umfrage zu nennen.⁹ Im Laufe der letzten Jahre scheint sich außerdem sein Bild verschlechtert zu haben: So ist die Zahl der Franzosen, die „überhaupt kein Vertrauen“ zu Putin haben, von 38 (im Sommer 2011) auf 56 Prozent (im Frühjahr 2015) stark gestiegen. Hierzu ist anzumerken, dass die parteipolitischen Präferenzen der Befragten einen Einfluss auf ihre Beurteilung der russischen Politik haben: In allen großen Parteien sind Russlandkritiker zwar in der Mehrheit, doch Anhänger der konservativen Les Républicains sind weniger negativ eingestellt (67 Prozent) als diejenigen Befragten, die der Parti Socialiste nahestehen.¹⁰

Russlands Freunde in der französischen Politik

Ganz anders die Stimmung in der französischen Politik: Sie zeichnet sich traditionell durch „eine gewisse Russophilie, oder zumindest einen positiven Pragmatismus“ aus,¹¹ der im Gegensatz zum negativen Russland-Bild der Bevölkerung steht. Zahlreiche „Einflusskanäle zwischen Politikern beider Länder“¹² sorgen seit Jahrzehnten für Nähe und tragen zum gegenseitigen Verständnis bei. Wie eine Diskussion in der Assemblée nationale zeigt, zieht sich dieses Verständnis für Moskau durch alle Parteien: Auf eine Frage zur Menschenrechtslage in Russland antwortete etwa die Abgeordnete der Grünen Danielle Auroi: „Wie auch immer die Situation in Russland ist, sie ist nicht schlimmer als in China.“ Ihr konservativer Parlamentskollege Thierry Mariani fügte hinzu: „Die Presse in Russland ist frei. Man kann schreiben, was man will, auch wenn es im Nachhinein schon Konsequenzen haben kann.“¹³ Übrigens wurde Deutschland in dieser Diskussion mehrmals erwähnt – nicht als Partner, sondern als geschickter Konkurrent, der sein gutes Verhältnis zu Russland für die eigenen Interessen zu nutzen wisse. Der Appell für mehr Pragmatismus im Umgang Frankreichs mit Russland war dabei nicht zu überhören. Die Russophilie der französischen Elite erklärt sich nicht nur durch die von „Bewunderung und Freundschaft“¹⁴ geprägten engen Beziehungen, die auf das 18. Jahrhundert zurückgehen. Auch handelspolitische und vor allem geopolitische Betrachtungen spielen dabei eine wichtige Rolle. Ganz in der Tradition De Gaulles soll nämlich der Schulterschluss mit Moskau dazu beitragen, der angloamerikanischen Macht Grenzen zu setzen und somit den multipolaren Charakter der Weltordnung zu stärken. Dass Frankreich bei dieser Gelegenheit an Einfluss auf der internationalen Bühne zurückgewinnen soll, wird vorausgesetzt.

Doch auch wenn die Freunde Russlands die gesamte Bandbreite der politischen Landschaft abdecken, sind sie im konservativen und rechten Lager wesentlich zahlreicher – wobei der linksradikale Front de Gauche, der Globalisierungskritik betreibt und antiamerikanische Tendenzen hat, auch Sympathie für Russland zeigt. Im rechten Flügel der konservativen Partei Les Républicains steht Russland hoch im Kurs. Dafür sorgt unter anderem der Abgeordnete Thierry Mariani, der mit seinem Verein Dialogue franco-russe¹⁵ die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern stärken will und für mehr Verständnis für die russische Politik plädiert. Und das nicht ohne Erfolg: In seiner Partei wird die „Demütigung“ Russlands durch den Westen immer lauter kritisiert und als Hauptgrund für Putins aggressive Haltung gesehen. Unter den prominenten LR-Politikern stehen lediglich Alain Juppé

und Bruno Le Maire Putins Politik kritisch gegenüber. Sogar Parteichef Nicolas Sarkozy übernahm überraschenderweise die Rhetorik des Kremls: Er stellte die Krim-Annexion als „Entscheidung“ der lokalen Bevölkerung dar und machte die USA für die Krise verantwortlich, da diese „sich eine Trennung Europas und Russlands wünschen“.¹⁶ Vor diesem Hintergrund ist es kein Zufall, dass die LR die große Mehrheit der Abgeordneten stellten, die auf Marianis Initiative im April 2015 nach Moskau und im Juli desselben Jahres auf die Krim reisten. Ihren Angaben zufolge wollten sie die Situation vor Ort mit eigenen Augen sehen. Dabei ignorierten sie nicht nur den Hinweis des Parlamentsvorsitzenden Claude Bartolone auf die „potenzielle Instrumentalisierung“,¹⁷ sondern provozierten auch das französische Außenministerium.

Solche Besuche sind gleichsam Balsam für die russische Seele, denn sie vermitteln das Bild eines Landes, das vom Westen ungerecht behandelt wird, aber dennoch nicht isoliert ist – beispielweise, wenn sich französische Politiker gegen die Sanktionen der Europäischen Union aussprechen. Allerdings setzt der Kreml nicht nur auf Politikerreisen nach Russland, auch Gespräche in Paris sind für seine Kommunikationsstrategie im politischen Bereich wichtig. Für die parallele Pflege dieser Kontakte sind russische Diplomaten vor Ort zuständig. Eine Quelle spricht von „beispiellosem Aktivismus“¹⁸ seitens der Botschaft, die ein Ansprechpartner aus dem französischen Außenministerium als „sehr einflussreich“ einschätzt.¹⁹ Unter den Gesprächspartnern sind zum großen Teil LR-Führungskräfte zu finden, doch auch der FN ist dabei sehr gut vertreten.

Strategischer Partner Front National

Keine andere Partei zeigt sich derzeit von Moskau so begeistert wie der Front National (FN). In der Familie der Vorsitzenden Marine Le Pen hat die Pflege einer freundschaftlichen Beziehung mit Russland eine lange Tradition. Schon Vater Jean-Marie war bekannt für seine Männerfreundschaften mit Oligarchen und Personen aus der russischen rechtsextremen Szene.²⁰ Auch heute plädiert er immer noch für ein Bündnis mit Russland, um „das boreale Europa [vom Atlantik bis zum Ural] und die weiße Welt zu retten“.²¹ Hier geht es nicht nur um die Benennung eines Kulturkampfes, in welchem der Islam als Feindbild dient, sondern auch um eine harsche Kritik an die EU, die Le Pen am liebsten abschaffen und durch ein großes und loses Bündnis souveräner Staaten (darunter auch Russland) mit einer gemeinsamen Zivilisation ersetzen möchte. Seine Tochter ist in diesem Punkt (wie übrigens in vielen anderen) nicht nur in die Fußstapfen

ihres Vaters getreten, sondern überholte ihn schnell. Seit sie 2011 zur Parteichefin wurde, bemüht sie sich, die Kontakte mit einflussreichen Persönlichkeiten aus Putins Umgebung zu stärken, zu systematisieren und somit zu professionalisieren. Einige Monate nach der Übernahme des Parteivorsitzes gab sie ihre „Bewunderung“²² für Wladimir Putin bekannt. Ein offizielles Treffen mit Putin ist ihr zwar noch nicht gelungen, doch inzwischen gehört auch sie – mit ihrem Vater und ihrer Nichte, der Abgeordneten Marion Maréchal-Le Pen – zu den Stammgästen der russischen Botschaft in Paris.

Seitdem Marine Le Pen den Parteivorsitz übernahm, sind Reisen der FN-Spitze nach Moskau zur Normalität geworden. Teil der Parlamentarierdelegationen nach Russland war die Parteiführung noch nie, unter anderem weil der FN in der Assemblée nationale mit lediglich zwei Abgeordneten vertreten ist. Dafür ist Marine Le Pen inzwischen schon dreimal nach Moskau gereist, wo sie immer herzlich empfangen wurde. Für ihre erste – sorgfältig vorbereitete – Reise im Juni 2013 traf sie sich mit dem Vorsitzenden der Duma Sergei Naryschkin, einem Vertrauten Wladimir Putins, und unterhielt sich mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Dmitri Olegowitsch Rogosin über die Situation in Syrien, die Erweiterung der EU und die gleichgeschlechtliche Ehe. Am Staatlichen Moskauer Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO) hielt sie schließlich einen Vortrag, in welchem sie die EU scharf attackierte.²³ Ihre zweite Russlandreise fand im April 2014 kurz vor der Europawahl statt: Mitten in der Ukrainekrise kritisierte sie die europäischen Sanktionen scharf und unterstützte den russischen Vorschlag einer Föderalisierung der Ukraine. Der Ablauf ihrer dritten Reise im Mai 2015 hingegen ist unbekannt, und der Besuch stand nicht einmal auf der offiziellen Agenda der Partei.

Die plötzliche Bemühung Marine Le Pens um Diskretion bezüglich ihres Umgangs mit Russland könnte sich durch den Skandal um einen Kredit für den FN aus Moskau erklären lassen. Im November 2014 hatten investigative Journalisten der Internet-Zeitung Mediapart offengelegt, dass der Front National einen Kredit über 9 Millionen Euro von der russischen Bank First Czech Russian Bank erhalten hatte.²⁴ Es sollte nur um die erste Tranche eines Darlehens von über 40 Millionen Euro gehen. Obwohl die betroffene Bank keine direkte Verbindung zum Kreml aufweist, wäre eine solche Mittelbewilligung ohne das grüne Licht des Kremls kaum möglich gewesen.²⁵ Die Partei leugnete den Kredit nicht, sondern erklärte offensiv, dass sie keine andere Wahl gehabt habe, als sich dem Ausland zuzuwenden, nachdem alle von ihr kontaktierten französischen Banken abgelehnt hätten. Juristisch gesehen ist ein solcher Kredit nicht verwerflich, denn französische

Parteien dürfen Geld im In- wie Ausland leihen. Vielmehr geht es um eine Frage, die auch Mediapart aufwarf: die nach der „Einmischung eines fremden Staates in das politische Leben Frankreichs“.²⁶ Vor allem für eine Partei wie den FN, der die Souveränität des Landes für heilig erklärt und jede Einmischung fremder Staaten oder Organisationen scharf verurteilt, ist dies ein heikles Thema. Marine Le Pen bestreitet bis heute jegliche Form von Gegenleistung und weist auf die langjährige prorussische Haltung ihrer Partei hin.²⁷ Dass sich diese von Moskau kaufen lässt, ist schwer nachweisbar. Fakt ist jedoch, dass sie in zeitlicher Nähe zu der Kreditvergabe Putins Politik in der Ukrainekrise mit auffälliger Kompromisslosigkeit unterstützte – und auf diese Weise Einfluss auf die Diskussion in der französischen Öffentlichkeit nahm.

Mit der Annexion der Krim erreichte die „prorussische Lobbyarbeit“²⁸ des Front National eine neue Intensität. So prangerte der ehemalige außenpolitische Berater des FN und EP-Abgeordnete Aymeric Chauprade die Einmischung ausländischer „Pyromanen“ in die Politik der Ukraine an und rechtfertigte Moskaus Eingreifen mit der Notwendigkeit, „die strategischen Interessen einer historischen Einflusszone wie jeder anderen“²⁹ zu sichern. Zwei Wochen später reiste er im Auftrag der prorussischen NGO Eurasian Observatory for Democracy and Elections (EODE) als Wahlbeobachter auf die Krim – zusammen mit anderen Vertretern populistischer Parteien. Er nannte das Referendum „legitim“, und Marine Le Pen bezeichnete das Ergebnis kurz darauf als „unbestritten“.³⁰ Auch Jean-Marie Le Pen begrüßte Putins „fehlerfreien Durchgang“, mit dem Hinweis, dass „die Krim dem russischen Reich immer schon gehörte.“³¹ Im Gegensatz zu anderen nationalistischen Parteien in Europa spielt das secessionistische Thema keine Rolle im Diskurs des FN, der sich im Gegenteil für die Unteilbarkeit Frankreichs stark macht und Forderungen von Autonomiebewegungen prinzipiell ablehnt. Was hier zum Ausdruck kommt ist vielmehr die Kritik des „Interventionismus“ vonseiten westlicher Staaten, insbesondere der USA, und die Bewunderung für ein Land (Russland), das in den Augen der Parteistrategen seine nationalen Interessen zu verteidigen weiß. Beide Aspekte finden sich auch in der Verurteilung der EU-Sanktionen gegen Russland wieder. Der Streit um die Lieferung der Mistral-Hubschrauberträger, welche die französische Regierung im Sommer 2015 aussetzte, ist ebenfalls ein Beispiel dafür. In ihrer Reaktion auf diese Entscheidung griff Marine Le Pen nämlich nicht nur die „Unterwerfung [Frankreichs] gegenüber den USA“ an, sondern sorgte sich auch um die „finanziellen, politischen, wirtschaftlichen und also auch sozialen Interessen“ des Landes³² – eine

Kritik, die übrigens weit über den Kreis des Front National hinaus zu hören war.³³

Eine gemeinsame Sehnsucht nach der alten Ordnung

Die ideologische Nähe des Front National zum Kreml erleichtert Moskaus Charme-Offensive in Richtung dieser Partei.³⁴ Aus ihrer Faszination für Putins Weltbild machen die Le Pens kein Geheimnis: Während Marine Le Pen Russlands „Zivilisationsmodell“ lobt, freut sich Jean-Marie Le Pen darüber, dass „das Wertgefüge, das Putin verteidigt, nunmehr das gleiche ist wie unseres.“³⁵ Zu dieser ideologischen Nähe trägt nicht zuletzt die Bewunderung für den Führungsstil des Kremlchefs bei, der dem Ideal einer charismatischen und selbstbewussten Führung, wie sie Jean-Marie und Marine Le Pen verkörpern möchten, zu entsprechen scheint.

In manchen Punkten gibt es allerdings keine strikte Trennlinie zwischen den Forderungen des FN und des rechten LR-Flügels, sondern auffällige Konvergenzen, die sich im Umgang mit Moskau wiederfinden. Dabei geht es zuerst um die klassischen Prinzipien eines autoritären Systems, das auf einen starken Staat setzt, um im Inneren den Respekt vor Gesetz und Ordnung zu sichern. Der FN verdankt seinen Wahlerfolg den Themen Kriminalität und Gewaltzunahme in der französischen Gesellschaft. Seit den 1980er-Jahren bezieht die Partei sich darauf und stellt einen Zusammenhang mit ihren angeblichen Ursachen – Zuwanderung und gescheiterte Integrationspolitik – her. Der FN wird nicht müde, die Ohnmacht der sukzessiven Regierungen in dieser Frage anzuprangern und stilisiert sich zum Garanten für eine „Null Toleranz“-Politik mit schärferen Strafen für Wiederholungstäter und der Wiedereinführung der Todesstrafe. So ist es kein Zufall, dass sich der Front National mit Moskaus „Law-and-Order“-Ansatz gut identifizieren kann – und dabei die Verletzung der Grundrechte und den Verlust von Freiheiten in Russland unter den Tisch fallen lässt, denn letztendlich sei Sicherheit „die erste aller Freiheiten“.³⁶ Allerdings ist die Forderung, zu einer politischen Autorität zurückzukehren, schon längst nicht mehr das Alleinstellungsmerkmal des FN. Insbesondere im rechten Flügel der LR, zu welchem Politiker wie der Moskau-nahe Abgeordnete Mariani gehören, sehnt man sich nach einem starken Staat, der verstärkt für Sicherheit und Ordnung eintritt. Auch Sarkozy hatte dies zum Schwerpunkt seiner Wahlkämpfe 2007 und 2012 gemacht.

Dieser Logik nach soll der Staat nicht nur für Ordnung innerhalb seiner Grenzen sorgen, sondern die nationalen Interessen des Landes auch nach außen verteidigen. Dass

sich Putin auf Patriotismus beruft, kommt innerhalb des FN besonders gut an. Denn zu den traditionellen Kernthemen der Partei gehört der Vorwurf an die politische Elite, unter dem Druck der EU und der USA die Interessen des Landes systematisch zu verraten. Dagegen fordert der FN die Rückkehr zu einem stolzen und souveränen Frankreich, das selbstbewusst seine Interessen identifiziert und durch strategische Partnerschaften (insbesondere mit Russland) wahrnimmt. Dieser Ansatz gilt für den geopolitischen Diskurs, der sowohl auf die Ablehnung von Staatenbündnissen setzt (so wird etwa der Austritt Frankreichs aus der NATO gerechtfertigt) als auch auf Erhalt und Pflege der Einflusszonen der Großmächte – zu welchen Russland und Frankreich gezählt werden. Darüber hinaus gilt dieser Ansatz auch für den wirtschaftlichen Bereich. In einem Teil der Partei, den der stellvertretende Parteivorsitzende Florian Philippot vertritt, ist „Colbertismus“ stark verankert. Demnach ist der Staat aufgefordert, in die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Landes einzugreifen, um die Kontrolle über strategische Aktivitäten (Energie, Lebensmittel) zu sichern. Auch in diesem Punkt sind sich übrigens die Vertreter souveränistischer Strömungen aus anderen Parteien, die in der politischen Landschaft Frankreichs seit Langem vertreten sind, mit dem FN einig.

Darüber hinaus stößt Moskaus Diskurs über die moralische Dekadenz Europas auf große Resonanz innerhalb des Front National. Wie Putin verabscheuen die FN-Politiker den „Multikulturalismus“ der europäischen Gesellschaften. Seit Jahren machen sie sich die Angst vor einem Identitätsverlust zunutze, indem sie das Bild eines Landes zeichnen, das im Zuge der Globalisierung,³⁷ der europäischen Integration und der Zuwanderung seine kulturellen Merkmale zugunsten des Kommunitarismus verliere. Doch im Gegensatz zum russischen Diskurs sind es nicht die christlichen Werte, die für sie im Vordergrund stehen. Auch wenn katholische Traditionalisten einen Teil der FN-Wählerschaft ausmachen, bekennt sich Marine Le Pen zur Laizität – eine Säule der politischen Kultur Frankreichs – und besteht auf dem Verbot von Religionszeichen in der öffentlichen Sphäre. Diese Forderung steht allerdings nicht für Toleranz, sondern deutet in erster Linie auf Islamophobie hin. Denn aus Sicht des FN wäre hauptsächlich der Islam verantwortlich für diesen Identitätsverlust Frankreichs: Die französische Bevölkerung würde mehr und mehr durch Menschen aus muslimischen Ländern ersetzt, was letztendlich zum Aussterben ihrer europäischen Komponente führen würde – so die in rechtsradikalen Kreisen besonders populäre These des „grand remplacement“ (dt. das große Auswechseln).³⁸ In diesem angespannten Kontext fällt das Narrativ eines

„ewigen Russlands“, eines Landes, das seiner historischen und kulturellen Identität treu bleibt, indem es sich vor externen Einflussnahmen zu schützen weiß, auf fruchtbaren Boden: Es wird als Vorbild wie als Bündnispartner im Kampf gegen das Fremde (verkörpert durch die Einwanderung oder die Liberalisierung der Sitten) gesehen.

In diesem Zusammenhang wirkte die heftige Diskussion über die gleichgeschlechtliche Ehe 2012 bis 2013 als Kristallisationspunkt. Die Opposition kritisierte den Gesetzentwurf der Sozialisten besonders harsch und die Gegner organisierten monatelang Gegendemonstrationen, die überraschend großen Zulauf fanden. Auch in Russland, wo eine homophobe Stimmung herrscht, wurde der französische Gesetzgebungsprozess aufmerksam beobachtet. Die Vorsitzende der französisch-russischen Parlamentariergruppe in der Assemblée nationale, die Sozialistin Chantal Guittet, berichtet von einer Fixierung ihrer russischen Ansprechpartner auf das Thema, verbunden mit großer Besorgnis in Bezug auf die Adoption russischer Kinder in Frankreich.³⁹ Interessanterweise stellte sich nicht der Front National in die erste Reihe des Widerstands, sondern die Konservativen führten den Protest an. Zwar lehnte der rechte FN-Flügel das Gesetz entschieden ab,⁴⁰ doch Marine Le Pen nahm an den Demonstrationen nicht teil, im Gegensatz zu ihrer Nichte Marion. Dies liegt zum einen daran, dass die angestrebte „Entdämonisierung“ der Partei eine offenere Haltung gegenüber Homosexualität voraussetzt;⁴¹ zum anderen ist es der Tatsache geschuldet, dass Fragen der Sitten für Wähler des FN „von geringer Relevanz“⁴² sind. Im Januar 2013, als die Demonstrationen ihren Höhepunkt erreichten, waren laut Umfragen viel mehr UMP-Anhänger als FN-Sympathisanten gegen die „Homo-Ehe“.⁴³ Die UMP war in diesem Punkt zwar gespalten, aber der Unmut in der Partei gegen den Gesetzesentwurf war groß. Die Sehnsucht nach traditionellen Werten, die diese Debatte zum Ausdruck brachte, und die ein konservativer Politiker als „Rückgang des politischen Liberalismus“⁴⁴ in seiner eigenen Partei beschreibt, erklärt nicht zuletzt die Anziehungskraft Moskaus für einen Teil der politischen Klasse Frankreichs.

Eine gegenseitige Instrumentalisierung

Sicherlich spielt die gemeinsame Nostalgie nach kultureller Homogenität, Souveränität der Nationalstaaten und Großmachtpolitik eine zentrale Rolle in der Annäherung des Front National – und Teilen anderer Parteien – an den Kreml. Doch beide Seiten eint weit mehr als nur Frustrationen angesichts allgegenwärtiger Komplexität. Über rückwärtsgewandte Betrachtungen hinaus haben sie

auch ein gemeinsames Projekt, das sie als „Alternative“ zum Modell der liberalen, globalisierten Welt verstehen. Dieses Projekt geopolitischer Natur sieht die Einführung einer multipolaren Ordnung vor, in welcher die USA keine hegemoniale Stellung mehr hätten. Vor diesem Hintergrund sollen die EU und die NATO aufgelöst und durch lose Partnerschaften im Dienste der nationalen Interessen ersetzt werden. So schlägt Marine Le Pen, die „immer noch nicht versteh(t), vor welchem Feind die NATO uns schützen soll“, eine strategische Allianz zwischen ihrem Land und Russland in den Bereichen der Sicherheits- und der Energiepolitik vor. Aus ihrer Sicht sollte Frankreich nicht nur aus der NATO, sondern auch aus der EU austreten. Moskau, das auf eine Spaltung der EU abzielt und statt der Zusammenarbeit mit Brüssel auf bilaterale Beziehungen mit den europäischen Staaten setzt, kommen solche Vorschläge sehr gelegen.

In diesem Informationskrieg gibt es für Romantik keinen Platz. Im Gegenteil, es geht auf beiden Seiten um die Verteidigung wohlverstandener Interessen. Neben dem finanziellen Aspekt (Stichwort Kredit) erhofft sich der FN von der zur Schau getragenen Nähe zu Moskau politischen Nutzen: Dadurch will er sowohl von der Seriosität seines Programms überzeugen (insofern es in Russland bereits umgesetzt sei), als auch die internationale Anerkennung der Parteichefin beweisen. Moskaus Ziel ist viel eher das der Destabilisierung der EU: Die Zusammenarbeit mit populistischen Parteien in Europa soll es ermöglichen, den Zusammenhalt der EU zu schwächen und somit auch den westlichen Block zu spalten. Der FN fügt sich besonders gut in diese Strategie ein. Er ist zwar in der Opposition und hat nur zwei Parlamentssitze, aber seine Stimme zählt in der öffentlichen Diskussion des Landes eindeutig; auch im Europaparlament, wo er die stärkste politische Kraft aus Frankreich bildet, ist er gut vertreten. Der Kreml könnte auch auf einen Wahlsieg des Front National bei einer zukünftigen Präsidentenwahl setzen. Zu diesem Szenario, das in Moskau ernsthaft betrachtet wird, gehört auch die Spaltung der LR und die anschließende Neuaufstellung des konservativen Lagers um den FN.⁴⁶ Aus heutiger Sicht ist dieses Szenario nicht wahrscheinlich. Sollte es sich in Zukunft aber doch bestätigen, würde die vom Kreml angestrebte Destabilisierung weit über die ideologische Sphäre hinausgehen. Sie hätte auch gravierende Auswirkungen auf die Gleichgewichte innerhalb der EU und NATO, und somit auf die bestehenden Strukturen der Weltordnung.

Dr. Claire Demesmay ist Leiterin des Programms Frankreich/Deutsch-französische Beziehungen der DGAP.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Stefan Meister, Jana Puglierin, Perzeption und Instrumentalisierung. Russlands nicht-militärische Einflussnahme in Europa, DGAPkompakt Nr. 10, 2.9.2015.
- 2 Vgl. Galia Ackermann, *Télé russe: retour à la propagande soviétique?*, in: France Inter, 8.9.2015, <<http://www.franceinter.fr/emission-l-instant-m-tele-russe-retour-a-la-propagande-sovietique>> (abgerufen am 29.10.2015).
- 3 Vgl. Bundesakademie für Sicherheitspolitik, *Russia's Hybrid Warfare: A Success in Propaganda*, Arbeitspapier Sicherheitspolitik, Nr. 1/2015, 18.2.2015, <www.baks.bund.de/de/aktuelles/working-paper-russias-hybrid-warfare-a-success-in-propaganda> (abgrf. 29.10.2015).
- 4 Vgl. RT-Internetpräsenz, <<http://francais.rt.com/a-propos-de-nous>> (abgrf. 29.10.2015).
- 5 Natalya Kanevskaya, *How the Kremlin Wins Its Soft Power in France*, Radio Free Europe, 24.6.2014, <www.rferl.org/content/russia-soft-power-france/25433946.html> (abgrf. 29.10.2015).
- 6 Vgl. Andrew-Sebastien Aschehoug, *Nonfiction, Les poupées russes de la propagande de Poutine en France*, in: slate.fr, 11.2.2015, <<http://www.slate.fr/story/97835/IDC-russie-france-poutine>> (abgrf. 29.10.2015).
- 7 Vgl. IDC-Internetpräsenz, <<http://www.idc-europe.org/fr/Institut-de-la-Democratie-et-de-la-Cooperation>> (abgrf. 29.10.2015).
- 8 Vgl. Bruce Stokes, *Russia, Putin Held in Low Regard around the World*, in: Pew Research Center, 5.8.2015, <www.pewglobal.org/2015/08/05/russia-putin-held-in-low-regard-around-the-world> (abgrf. 29.10.2015).
- 9 Vgl. BVA-Umfrage für Le Parisien/Aujourd'hui en France, 19.1.2014, <www.bva.fr/data/sondage/sondage_fiche/1425/fichier_bva_pour_le_pari-sien-aujourd'hui_en_france_-_vladimir_poutine9ef59.pdf> (abgrf. 29.10.2015).
- 10 Diese Umfrage machte keine Angaben zu anderen Parteien, wie etwa den Grünen, dem Front de Gauche und dem FN.
- 11 Vgl. Anne de Tinguy, *Ambivalence et distanciation – Perceptions de la Russie en France*, in: *Russia in Global Affairs*, Bd. 11, 2013, S. 20-29.
- 12 Zitat von Tatiana Kastouéva-Jean, in: Cécile Barbière, *Moscou lance son site de propagande en France*, in: Euractiv.fr, 30.1.2015. Vgl. auch Laure Delcour, *Dualitäten der französischen Russlandpolitik. Die Ukrainekrise als Bewährungsprobe*, DGAPanalyse Nr. 4, März 2015.
- 13 Vgl. Informationsbericht des außenpolitischen Ausschusses der Assemblée nationale zur französischen und europäischen Russland-Politik, 12.2.2014, <www.assemblee-nationale.fr/14/rap-info/i1793.asp#P1588_319088> (abgrf. 29.10.2015).
- 14 Vgl. Laure Delcour, *Frankreich und Russland: Neue Dynamik für eine besondere Beziehung*, DGAPanalyse Nr. 6, Juli 2010, S. 5.
- 15 Zu den Mitgliedern und Partnern zählen Personen aus Politik und Kultur (z.B. der ehemalige Präsident Valéry Giscard d'Estaing und die Historikerin Hélène Carrère d'Encausse) und Unternehmen wie Airbus, Alstom und Bouygues. Thierry Mariani teilt sich den Vorsitz mit dem russischen Unternehmer Wladimir Jakunin.
- 16 Vgl. Rede vor dem Nationalrat der UMP, 7.2.2015.
- 17 Vgl. Brief von Claude Bartolone an Thierry Mariani, 7.4.2015, <www.marianne.net/dix-sept-parlementaires-moscou-voyage-polemique-100232616.html> (abgrf. 29.10.2015).
- 18 Vgl. Matthieu Goar, *Benoît Vitkine, A l'UMP, la tentation de Moscou*, in: *Le Monde*, 14.4.2015.
- 19 Gespräch mit einem französischen Diplomaten, Paris, 23.4.2015.
- 20 Vgl. Vicent Jauvert, *Poutine et le FN: révélations sur les réseaux russes des Le Pen*, in: *L'Obs*, 27.11.2014, <<http://tempsreel.nouvelobs.com/politique/20141024.OBS3131/poutine-et-le-fn-revelations-sur-les-reseaux-russes-des-le-pen.html>> (abgrf. 29.10.2015).
- 21 Vgl. Interview mit Jean-Marie Le Pen, in: *Rivarol*, 9.4.2015, <<http://www.egaliteetreconciliation.fr/Devoir-d-insoumission-32199.html>> (abgrf. 29.10.2015).
- 22 Interview mit Marine Le Pen, in: *Kommersant*, 13.10.2011, <www.kommersant.ru/doc/1793754> (abgrf. 29.10.2015).
- 23 Vgl. Rede von Marine Le Pen vor dem MGIMO, 26.6.2013, <www.frontnational.com/videos/marine-le-pen-au-mgimo-russie> (abgrf. 29.10.2015).
- 24 Vgl. Marine Turchi, *Le Front national décroche les millions russes*, in: *Mediapart*, 22.11.2014, <www.mediapart.fr/journal/france/221114/le-front-national-decroche-les-millions-russes> (abgrf. 29.10.2015).
- 25 *La presse russe commente le prêt accordé au Front national*, RFI, 24.11.2014, <<http://m.rfi.fr/europe/20141124-presse-russe-commente-emprunt-accorde-front-national-marine-le-pen/>> (abgrf. 29.10.2015).
- 26 Vgl. Marine Turchi, *Le FN attend 40 millions d'euros de Russie*, in: *Mediapart*, 26.11.2014, <www.mediapart.fr/journal/france/261114/le-fn-attend-40-millions-deuros-de-russie> (abgrf. 29.10.2015).
- 27 Vgl. Abel Mestre, *Marine Le Pen justifie le prêt russe du FN*, in: *Le Monde*, 23.11.2014, <www.lemonde.fr/politique/article/2014/11/23/marine-le-pen-justifie-le-pretrusse-du-fn_4528041_823448.html> (abgrf. 29.10.2015).
- 28 Vgl. Marine Turchi, *Au Front national, le lobbying pro-russe s'accélère*, in: *Mediapart*, 18.12.2014, <www.mediapart.fr/journal/france/181214/au-front-national-le-lobbying-pro-russe-saccelerer?page_article=1> (abgrf. 29.10.2015).
- 29 Vgl. Mitteilung von Aymeric Chauprade, 1.3.2014, <www.frontnational.com/2014/03/urgence-humanitaire-en-ukraine-russophone-et-en-crimee-russe-le-front-national-appelle-au-dialogue-et-a-lapaisement> (abgrf. 29.10.2015).
- 30 Vgl. Pressekonferenz von Marine Le Pen, Saint-Gilles, 17.3.2015.
- 31 Vgl. Interview mit Jean-Marie Le Pen, in: *BFMTV*, 19.3.2014.
- 32 Vgl. Pressemitteilung von Marine Le Pen, 6.8.2015, <www.frontnational.com/2015/08/mistral-la-france-gravement-decredibilisee-le-contribuable-encore-saigne> (abgerufen 29.10.2015).
- 33 Vgl. Claire Demesmay, Tobias Koepf, *Frankreichs neuer Pragmatismus*, in: Josef Braml, Wolfgang Merkel, Eberhard Sandschneider (Hrsg.), *Außenpolitik mit Autokratien*, Berlin 2014, S. 165-173, hier S. 172.
- 34 Vgl. Antonis Klapsis, *An Unholy Alliance: the European Far Right and Putin's Russia*, Wilfried Martens Centre for European Studies, 2015.
- 35 Vgl. Poutine et le FN: *révélations sur les réseaux russes des Le Pen*, in: *L'Obs*, 27.11.2014, <<http://tempsreel.nouvelobs.com/politique/20141024.OBS3131/poutine-et-le-fn-revelations-sur-les-reseaux-russes-des-le-pen.html>> (abgrf. 29.10.2015).
- 36 Vgl. *Projet de Marine Le Pen*, <www.frontnational.com/le-projet-de-marine-le-pen/autorite-deletat-securite> (abgrf. 29.10.2015).
- 37 Vgl. Eddy Fougier, *Die Franzosen und die Globalisierung – eine neue „exception française“?*, Dossier Frankreich, BPB, 19.4.2013, <www.bpb.de/international/europa/frankreich/153268/globalisierung> (abgrf. 29.10.2015).
- 38 Vgl. Claire Demesmay, *Frankreichs Identitätskrise: Auf die Anschläge folgt die Debatte*, DGAPkompakt, Nr. 8, Juni 2015.
- 39 Gespräch mit Chantal Guittet, Paris, 2.5.2015.
- 40 Als Russland im Juni 2013 ein Gesetz zum Verbot jeglicher positiver Äußerung über Homosexualität gegenüber Minderjährigen (im direkten Kontakt oder via Medien und Internet) verabschiedete, wollte der Chef der FN-Nachwuchsorganisation ein vergleichbares Gesetz in Frankreich einführen. Zur gleichen Zeit appellierte der EU-Abgeordnete Chauprade vor der Duma für den Widerstand gegen „die weltweite Ausbreitung der Rechte sexueller Minderheiten“.
- 41 Vgl. Sylvain Crépon, *Le Front national au prisme de la question des mœurs*, Beitrag zum Kongress AFSP Paris 2013, <www.afsp.info/congres2013/st/st27/st27crepon.pdf> (abgrf. am 29.10.2015).
- 42 Vgl. Jean-Yves Camus, *Der Front National (FN) – eine rechtsradikale Partei?*, Friedrich-Ebert-Stiftung, April 2014, S. 5, <<http://library.fes.de/pdf-files/id/10640.pdf>> (abgrf. 29.10.2015).
- 43 Befragt am 3./4.1.2013 waren 54 % der FN-Wähler und 33 % der UMP-Wähler für die gleichgeschlechtliche Ehe (im Durchschnitt 60 % der Franzosen). Seit der Gesetzesverabschiedung im Mai 2013 haben sich die Werte umgekehrt, wahrscheinlich weil sich die konservativen Wähler zur Gesetzgebung bekennen, während die FN-Wähler die Position der etablierten Parteien prinzipiell ablehnen. Vgl. *Ifop-Umfrage für Atlantico, Les Français et les droits des couples homosexuels deux ans après la 1ere manifestation de la Manif pour Tous*, 15.11.2014, S. 6, <www.ifop.com/media/poll/2839-1-study_file.pdf> (abgrf. 29.10.2015).
- 44 Zitat von Arnaud Danjean, in: Matthieu Goar, Benoît Vitkine, a.a.O. (Anm. 20).
- 45 Vgl. Rede von Marine Le Pen vor dem MGIMO, Moskau, 26.6.2013.
- 46 Vgl. Thomas Gomart, in: Matthieu Goar, Benoît Vitkine, a.a.O. (Anm. 18); sowie Gespräch mit einem französischen Diplomaten, a.a.O. (Anm. 19).

DGAPkompakt / Nr. 16 / November 2015



Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz](#).
This work is licensed under a [Creative Commons Attribution – NonCommercial – NoDerivatives 4.0 International License](#).



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik
German Council on
Foreign Relations

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Rauchstraße 17/18 · 10787 Berlin
Tel. +49 (0)30 25 42 31 -0 / Fax -16
info@dgap.org · www.dgap.org

Herausgeber

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, *Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.*

ISSN 2198-5936

Redaktion Sabine Wolf

Layout/Satz Sabine Wolf

Designkonzept Carolyn Steinbeck · Gestaltung